

Gewalt gegen Frauen

Befreiung durch

Sozialismus!?

Eine Textsammlung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Zur Sexismusdebatte.....	4
Indien: Gewalt gegen Frauen.....	8
Indien: Aufstand gegen Vergewaltigungen.....	10
Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen.....	15
Never again: Proteste für das Recht auf Abtreibung nach tragischem Tod in Irland.....	17
„Im Zweifel musst du kratzen“	19
20 Jahre “Entscheidungsfreiheit”?.....	21
How abortion rights were won in the US.....	30
Rape is No Joke.....	39
What socialism would mean for women.....	44

Lange wurde in Deutschland das Märchen von der Gleichheit der Geschlechter erzählt. Alice Schwarzer verbannte die Frauenunterdrückung aus Deutschland in die sogenannten neokolonialen Länder, denn hier konnte FRAU Kanzlerin werden. Doch spätestens seit Slutwalk und aller spätestens seit Herbst 2012, als in den Medien das Thema "Gewalt gegen Frauen" wieder in den Focus gerückt ist, wird deutlich: Alice Schwarzer hatte Unrecht. Oder: Welche Gleichberechtigung?

Wir haben für Dich eine Reihe von Artikeln zusammengestellt, die den Themenkomplex "Gewalt gegen Frauen", Recht auf Abtreibung, Widerstand und sozialistische Befreiung umfassen.

Mehr Artikel findest du auf www.sozialismus.info.

„Es muss nicht bleiben wie es ist“ von Christine Thomas sowie weitere Literatur zur internationalen Frauenbewegung findest Du im Onlineshop der SAV www.shop.sozialismus.info

Du erreichst uns unter: info@sozialismus.info und 030 247 238 02

Zur Sexismusdebatte

Veröffentlicht am 28. Januar 2013

Brüderle: Komm tanz mit mir...

Die Journalistin Laura Himmelreich wollte lieber nicht mit Brüderle das Tanzbein schwingen. Sie löst mit ihrer Kritik an den sexistischen Bemerkungen des FDP-Spitzenkandidaten Brüderle in einem Artikel für den Stern eine breite Debatte über Sexismus aus. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Während ein Teil der (vor allem männlichen) Journalisten und Politiker sich nun über die Journalistin des Stern beklagen („Warum hat sie das nicht vor einem Jahr gesagt!!!“) und andere wie Günther Jauch und Hellmuth Karasek in der Jauch-Talkrunde am 27. Januar versuchen, ein gesellschaftliches strukturelles Phänomen zu einem individuellem Problem von Frauen umzudeuten, treffen die Beschreibungen der Stern-Reporterin den Nerv von Zehntausenden Frauen. Seit Tagen twittern sie nun unter #Aufschrei ihre eigenen Erlebnisse mit Sexismus am Arbeitsplatz, in der Schule, im Freundeskreis.

von Lucy Redler

Welche Frau kennt das nicht? Bemerkungen wie die Brüderles, die Frauen auf ihr Äußeres reduzieren und sexuell anzüglich sind? Wenn frau darauf reagiert und sich zur Wehr setzt, wird sie als unentspannt oder als rückwärtsgewandte Emanze dargestellt, die nun mal keinen Spaß verstehe. Wenn Frauen wie Laura Himmelreich ein Jahr später darüber schreiben, werden sie beschimpft, dass sie sich mal früher hätten ordentlich wehren sollen. Ja, was denn nun?

Wie oft ertragen Frauen täglich mehrfach solche Sprüche und verkneifen sich jeden Kommentar. Laura Himmelreich hat mit ihrem Artikel im Stern nun etlichen Frauen aus der Seele gesprochen und der täglichen Demütigung Öffentlichkeit verschafft. Dabei ist es zweitrangig, ob sie ihre Äußerungen hätte früher machen sollen und ob der Chef des Sterns versucht, sie zu instrumentalisieren. Entscheidend und richtig ist, dass sie es getan hat.

Ursachen von Sexismus

Der Versuch von Jauch und vielen anderen, den Spieß umzudrehen und die Frauen selbst verantwortlich zu machen, lenkt von den Ursachen von Sexismus

ab. Sexismus bedeutet Benachteiligung aufgrund von Geschlecht und ist ein altes gesellschaftliches Phänomen, welches historisch während der Entwicklung der ersten Klassengesellschaften entstanden ist. Es ist kein Zufall, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt 24 Prozent weniger verdienen. Es ist kein Zufall, dass Frauen weiterhin doppelt so viel Stunden Hausarbeit verrichten als Männer, selbst wenn beide Vollzeit arbeiten. Es ist kein Zufall, dass Frauen die Hauptlast der Kindererziehung tragen.

Die soziale Schlechterstellung von Frauen im Arbeitsleben und die kostenlose Pflege von älteren Familienangehörigen und der Kindererziehung zu Hause durch Frauen ist im Interesse von Arbeitgebern und der Regierung. Sie profitieren davon. In vielen Ländern Südeuropas, die von der kapitalistischen Krise gebeutelt sind, trifft die Krise besonders Frauen. Sie verlieren ihre Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst. Sie leiden unter den Kürzungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, wenn vormals öffentliche Aufgaben zurück in die Familie verlagert werden.

Sexismus in neuem Gewand

Nichtsdestotrotz wurden in den letzten vierzig Jahren viele Errungenschaften von der Frauen- und Arbeiterbewegung erkämpft. Frauen sind in vielen Bereichen Männern rechtlich gleichgestellt. Das ist ein Grund, warum heute viele Männer und Frauen auf die Sexismusvorwürfe gegen Brüderle mit Unverständnis reagieren. Sie meinen, die Benachteiligung von Frauen gäbe es heute nicht mehr.

Richtig ist, dass sie in Deutschland rechtlich nur noch in einigen Bereichen existiert (Ehegattensplitting etc), aber die soziale Benachteiligung in alter Tradition weiter fortbesteht. Doch nicht nur das: Auch Gewalt gegen Frauen ist alles andere als ein indisches Phänomen, sondern findet tagtäglich in deutschen Schlafzimmern, Küchen, Bars, Clubs und Straßen statt. Zudem hat die Darstellung von Frauen als Sexobjekte in Werbung und Medien und die Pornographisierung weiblicher Sexualität massiv zugenommen. Das hat eine nicht zu unterschätzende Rückwirkung auf das Bewusstsein und die Einstellung von Männern gegenüber Frauen und selbst ihren Partnerinnen. So erscheint der Sexismus teilweise in neuem Gewand, der Mechanismus ist jedoch derselbe. Warum gibt es keinen Aufschrei, wenn Tele 5 eine Sendung namens „Who wants to fuck my girlfriend?“ schaltet?

Die Zuschreibung von weiblichen Rollen fängt immer früher an: Die Pinkisierung von Mädchen-Kinderzimmern ist besorgniserregend. In Berlin entsteht ein Barbie-Dreamhouse und es werden Mädchen-Überraschungseier auf den Markt gebracht.

Eine ganze Schicht, vor allem von jungen Frauen wurde in den letzten Jahren immer wieder suggeriert, sie hätten dieselben Chancen wie Männer im Beruf und an der Universität, Karriere zu machen. Sie realisieren nun, dass sie weiterhin eine Doppelbelastung tragen, wenn Kinder dazu kommen oder dass sie von ihrem Chef nicht gleich behandelt werden. Es sind diese jungen Frauen, die ein neues Bewusstsein für Ungleichheit entwickeln. Anne Wizorek, die mit ihrem hashtag #Aufschrei diesen Frauen ein Gesicht gab, wurde von Jauch, Karasek und Wibke Bruhns in der Jauch-Sendung erstmal ordentlich in die Mangel genommen.

„Hat Deutschland ein Sexismusproblem?“

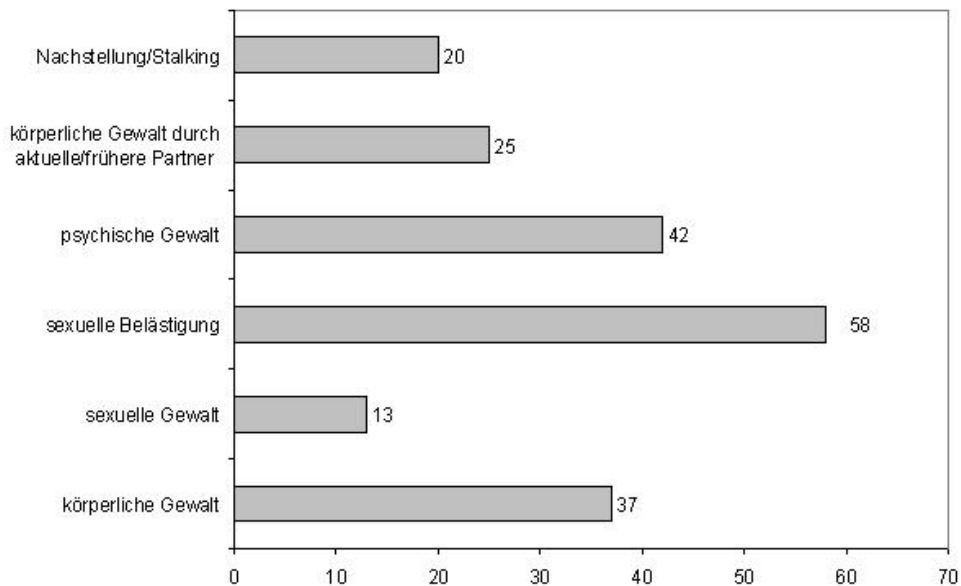
... so war die Talkrunde von Günther Jauch betitelt. Am Ende wussten viele Frauen, dass „Deutschland“ nicht nur ein Sexismus- sondern auch ein Günther-Jauch-Problem hat. O-Ton Jauch: „Frau Schwarzer, Sie haben mich schon wieder enteiert.“ Oder: „Soll man einer Frau noch auf den Busen gucken?“ Antwort Karasek: „Ja, das soll man sogar.“

Die ehemalige Nachrichtensprecherin Wibke Bruhns tat die 60.000 Einträge auf #Aufschrei einfach ab. Frauen seien keine Opfer und sollten sich mal richtig zur Wehr setzen. Für die Bemerkung, dass es bei Sexismus um ein gesellschaftliches Machtverhältnis gehe und die Frage wie sich eine Angestellte denn am besten gegen die sexistischen Sprüche ihres Chefs wehren sollte, hatte sie nur ein müdes Lächeln übrig. Bruhns, Karasek und Jauch negieren, dass Sexismus ein gesellschaftliches Problem ist und tragen zur Verharmlosung von Sexismus bei.

Aber gerade weil Sexismus gesellschaftliche Ursachen hat, reicht es nicht aus, Frauen individuell den Rücken zu stärken und beispielsweise in Gewerkschaftsseminaren schlagfertige Reaktionen gegenüber sexistischen Sprüchen von männlichen Kollegen und Vorgesetzten zu trainieren. Das ist gut. Es packt das Problem aber nicht an der Wurzel.

So lange die soziale Benachteiligung von Frauen fortexistiert und wir in einem System leben, in dem eine herrschende Klasse ein Interesse an der Spaltung in Alt und Jung, Mann und Frau, Nichtdeutsche und Deutsche hat, wird auch Sexismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung und Spaltung fortexistieren. Das bedeutet nicht, dass wir uns nicht heute gegen jede Form von Sexismus wehren sollten. Denn es wäre zu schön, wenn wir nur ein Günther-Jauch-Problem hätten.

Gewalt gegen Frauen (16 bis 25 Jahre) in Deutschland (in %),



Quelle: BMFSFJ

Indien: Gewalt gegen Frauen

Symptom einer zutiefst ungerechten Klassengesellschaft

Im Dezember wurde in Delhi eine Studentin in einem Bus von mehreren Männern vergewaltigt, sie starb bald darauf an ihren Verletzungen. Maren Albert sprach mit Jagadish Chandra vom CWI Indien über die dortige Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen.

Veröffentlicht am 4. Februar 2013

Gewalt gegen Frauen ist in Indien ein besonders wichtiges Thema. Frauen fürchten Vergewaltigungen auch in der Familie und besonders durch die Polizei. Wieso haben Frauen in Indien so einen schlechten Stand?

Indien nennt sich die größte Demokratie der Welt. Wirtschaftlich gehört es zu den Global Playern. Und doch beherrschen noch feudale Sitten und Bräuche das Leben, vor allem im ländlichen Bereich. Erwarten zum Beispiel Familien ein Mädchen, kann es noch sehr spät abgetrieben werden, denn die Mitgift treibt viele Familien in den Ruin. In jeder Beziehung werden die Menschen systematisch darauf konditioniert, Frauen und Mädchen als minderwertig, als Güter oder als Objekt anzusehen. Das Kastenwesen festigt die soziale Ungerechtigkeit, die Klassengesellschaft. Sie macht die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse und die Entwertung der Frau zum leichten Spiel.

So eine große Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen – es ist kaum vorstellbar, dass dies von einem Tag auf den anderen passiert. Gab es im Vorfeld öffentliche Diskussionen und Proteste zu dem Thema?

Besonders junge Frauen engagieren sich in Indien zunehmend in Frauenfragen und gegen soziale Ungerechtigkeit. Doch insgesamt blieb das Thema Gewalt gegen Frauen vereinzelt.

Die beispiellose Wut der Jugend von Delhi und anderen Städten des Landes, die sich in dieser Bewegung zeigt, ist viel mehr der Ausdruck der brodelnden Unzufriedenheit gegenüber dem System, die sich über eine längere Zeit angestaut hat.

Hier hört man höchstens noch Nachrichten über den Prozess, über die Bewegung finden sich kaum noch Meldungen. Was ist nach den Protesten Anfang Januar passiert?
Die Bewegung geht weiter. Die grausame Art, mit der die Polizei den Protestierenden

in Delhi begegnet ist, hat die Bewegung noch gestärkt. Sie drängen weiter nach vorne und verlangen Gerechtigkeit auf der ganzen Linie. Die Bewegung für eine Gerechtigkeit der Geschlechter ist nicht mehr reduziert auf Vergewaltigung und den Ort Delhi. Sie breitet sich im ganzen Land aus. Dies ist ein neues Phänomen, was die Behörden erschüttert. Die Jugend Indiens hat sich unmissverständlich zu diesem wichtigen Thema zu Wort gemeldet.

Es scheint, dass viele Inderinnen und Inder nun die Einführung der Todesstrafe und Kastration fordern. Wie steht ihr von der „New Socialist Alternative“ zu diesen Forderungen?

Zum Glück lehnt ein Großteil der Menschen, die sich in dieser Bewegung spontan erhoben haben, die Forderungen nach Todesstrafe und Kastration ab – genau wie wir. Es ist sehr gefährlich, den Behörden noch mehr Befugnisse zu geben, denn diese Befugnisse können sie dann auch leicht gegen unliebsame Proteste und die Arbeiterbewegung anwenden. Beim Schutz von Frauen und bei der Verurteilung von Straftätern brauchen wir unabhängige Kommissionen, die Gewerkschaften, Frauen, Studierende und andere fortschrittliche Organisationen umfassen. Sie müssen das Recht haben, auch die Verantwortung von Polizei und Staatsapparat zu untersuchen.

Doch eine Kampagne gegen Vergewaltigung isoliert von allen anderen Aspekten der Frauenunterdrückung wird ihren Zweck nicht erfüllen. Gewalt gegen Frauen ist ein Symptom einer zutiefst ungerechten Klassengesellschaft, in der Frauen vielfach ausgebeutet werden. Daher muss die Kampagne unserer Ansicht nach mit der Bewegung gegen soziale Ungerechtigkeit verbunden werden und das Kasten- und Klassensystem – kurz den Kapitalismus – grundlegend in Frage stellen.

In Indien gibt es schon größere soziale Proteste. Am 21. und 22. Februar findet in Indien ein 48-stündiger Generalstreik statt, der erste dieser Art.

Ja, und wir werden aktiv daran teilnehmen. Der Generalstreik wurde in erster Linie gegen die Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung ausgerufen. Leider werden die Organisatoren weder die Verbindung von Patriarchat und Kapitalismus noch den Zusammenhang von Vergewaltigung und dem kapitalistischen System deutlich machen. Natürlich ist das politische Bewusstsein sehr gemischt, es ist nicht leicht diesen Bogen zu schlagen. Doch Teile der Jugend und der Arbeiterklasse sind offen für neue, radikale Ideen. Mit geduldigen Erklärungen können wir ihre Aufmerksamkeit gewinnen und diese Verbindung herstellen.

Indien: Aufstand gegen Vergewaltigungen

Hier veröffentlichen wir eine Übersetzung des Flugblatts der indischen Sektion des CWI zu den Massenprotesten anlässlich der Vergewaltigung und des Mordes einer 23jährigen Studentin in Neu-Delhi.

Veröffentlicht am 29. Dezember 2012

Widersetzt euch sexueller Gewalt

Das abscheuliche Verbrechen passiert überall: in Wohnungen, in Familien, in Nachbarschaften, in Polizeistationen, in Dörfern und Städten und die Vorfälle steigen überall in Indien.

Die modernen industriellen Zeiten haben Frauen aus der Beschränkung ihrer eigenen vier Wände herausgeholt und die Rolle von Frauen hat sich phänomenal geändert. Aber das herrschende kapitalistische System, angetrieben und gesteuert von den Werten des Feudalismus und Patriarchats hat das noch nicht akzeptiert. Im gesamten politischen Spektrum haben die Parteien, egal welcher Farbe nur Verachtung für Frauen und ihre Rechte übrig. Im Geist dieses Systems wird Frauenfeindlichkeit aufrecht erhalten und die fundamentalsten Frauenrechte missachtet.

Stoppt Gewalt gegen Frauen

Die bisher beispiellose Wut der Jugend von Delhi und anderen Städten des Landes über die Gruppenvergewaltigung der 23 jährigen Medizinstudentin in einem Bus ist der Ausdruck der kochenden Unzufriedenheit, die sich gegenüber dem System über eine längere Zeit angestaut hat.

Die Furcht vor der „Macht der Straße“, die in Delhi deutlich wurde und das ganze Land erfasst hat, führte zur Unterdrückung dieser Proteste. In krassem Widerspruch zum spontanen Mitgefühl und der Forderung von jungen Frauen und Männern nach Gerechtigkeit, haben die Behörden ungeschickterweise die Proteste durch eine gewaltsame Niederschlagung brutalisiert. Das spricht Bände über die verzerrte Demokratie der so genannten größten Demokratie namens Indien.

Es ist eine Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen in Indien besonders in den marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen, wie den Dalit, Adivasi, Frauen in

gewerkschaftslosen Betrieben, sexuellen Minderheiten, Prostituierten etc. verbreitet ist. Die Verurteilungsraten sind hier abgrundtief niedrig und die Täter laufen meist frei herum.

Zahlen:

Vergewaltigung ist das größte Verbrechen in Indien: 24206 Vergewaltigungsfälle in 2011.

Seit 1972 sind die Vergewaltigungsfälle um 791% angestiegen.

Nur 50 Prozent aller Vergewaltigungen werden gemeldet.

Alle 20 Minuten findet eine Vergewaltigung statt.

Alle 76 Minuten wird ein Kind vergewaltigt.

Verurteilungsraten für Vergewaltigung sind von 41% 1971 auf 27% 2010 gesunken.

Gemessen an 53 Städten, macht Delhi 13,3 % (4.489) dieser Fälle aus, gefolgt von Bangalore mit 5,6 % (1.890) und Hyderabad mit 5,5 % (1,860).

In einem Land, wo Dalits als die „Unberührbaren“ gelten, werden Dalit-Mädchen straffrei und rachsüchtig vergewaltigt.

Es ist auch eine Tatsache, dass die meisten Vergewaltigungs- und Belästigungsfälle nicht gemeldet werden, aufgrund der feudalen Werte, welche die indische Gesellschaft und Kultur dominieren. Die Folter und Vergewaltigung von Gefangenen sowie die anderen Sexualstraftaten von staatlichen Behörden wecken bisher nicht viel Empörung. Sexuelle Gewalt betrifft Frauen aus allen Schichten und Volksgruppen. Die Täter sind eine Minderheit von Männern aus allen Schichten und Volksgruppen.

Es ist verbreitet und angelegt in der kapitalistischen Gesellschaft. Frauen der Arbeiterklasse leiden unter Sexismus zusätzlich zu der Unterdrückung, die alle Teile der Arbeiterklasse erfahren. Die indische Geschichte ist gespickt mit Verbrechen gegen Frauen, angefangen mit der Mathura Vergewaltigung 1972, seit der die Bundespolizei angefangen hat, Vergewaltigungen zu dokumentieren.

Bei den berüchtigten Unruhen von Gujarat wurden unzählige muslimische Frauen gefoltert und vergewaltigt. Und auch der Fall von Soni Soori in Chattisgarh sowie die Gräueltaten der indischen Armee im Nord-Osten sowie Jammu und Kashmir finden kaum Erwähnung in den Mainstream Medien, die den Großunternehmen gehören. Alle 20 Minuten findet eine Vergewaltigung statt. Alle 76 Minuten wird ein Kind vergewaltigt. Es gibt einen unerbittlichen und stummen Krieg gegen Frauen, der auf unterschiedlichsten Wegen ausgetragen wird. Angefangen damit, dass sie im Bauch der Mutter getötet werden, dazu dass sie bestraft werden Mädchen zu gebären und dazu sie zu bestrafen, wenn sie traditionelle Männerdomänen in Frage stellen.

Frauen sind kein Objekt

Sexualität wird durch Pornographie entstellt, die immer zugänglicher wird für jüngere Altersgruppen. Männliche und weibliche Rollenbilder werden uns von Geburt an aufgezwungen. Frauenkörper werden objektiviert und überall benutzt, zu „unterhalten“ und Produkte zu verkaufen.

Männer, die sexuell gewalttätig sind müssen die Verantwortung für ihre Rolle als Täter übernehmen. Trotzdem können wir sexuelle Gewalt nicht loswerden, in dem wir nur Individuen bestrafen.

Sexuelle Gewalt gegen Frauen ist ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, wo Menschen darauf konditioniert werden Frauen als minderwertig, als Güter oder als Objekte anzusehen, die abgesondert von der Menschheit stehen.

Sexismus hilft dem kapitalistischen System. Die Familie stellt die Grundlage da, ArbeiterInnen zu reproduzieren, zukünftige ArbeiterInnen groß zu ziehen und hilft die jetzigen ArbeiterInnen, Erwerbslosen und RentnerInnen zu versorgen.

Die Arbeit, die in den Haushalten meist von unbezahlten Frauen verrichtet wird, die oft auch außerhalb des Hauses arbeiten, spart dem Kapitalismus Millionen von Rupees und erhöht die Profite einiger Weniger.

Vergewaltigung ist kein Witz

Angeblich „ironisch“, können sexistische Witze helfen, Sexismus zu normalisieren und Anmachen, sexuelle Belästigung und anzügliche Witze akzeptierter zu machen. Es hilft auch Frauen, die sich über unangemessene

Witze beschweren als „prüde“ oder „humorlos“ abzuurteilen. Wie kann sich denn eine Frau auf ihrem Heimweg in der Nacht sicher fühlen, wenn sie Angst haben muss, dass ein Mann dem sie begegnet, über Vergewaltigungen lacht?

Behelfslösungen sind nicht genug

Während Täter solcher Verbrechen definitiv bestraft werden müssen, liegt die Lösung weder darin zu mittelalterlichen Praktiken, wie Todesstrafen oder Kastration zurückzukehren, noch liegt sie darin, die Überwachung durch die Polizei zu erhöhen, was das Problem nicht lösen wird. Das würde nur dazu führen die Regierung mit unerhörten Befugnissen auszustatten, die sie ungestraft gegen die Arbeiterklasse einsetzen können. Für so ein weit verbreitetes Verbrechen sind Behelfslösungen keine Antwort.

Beim besten Willen können wir dieses System und die herrschende Klasse von diesem tiefsitzenden Übel freisprechen, die darin versagten diese Gesellschaft zu entwickeln und feudale und mittelalterliche Werte und Praktiken zu überwinden.

Die Gewalt gegen Frauen ist ein Produkt vom kranken System Kapitalismus, wo Menschen dazu konditioniert werden, Frauen als minderwertig, als Güter und Objekte anzusehen, die dafür da seien Vergnügen zu bereiten.

Eine Kampagne gegen Vergewaltigung isoliert von allen anderen Aspekten von Frauenunterdrückung wird ihren Zweck nicht erfüllen. Vergewaltigung ist genauso wie häusliche Gewalt und Belästigung ein Symptom einer tief ungerechten Klassengesellschaft, die dazu führt, dass einige Männer denken, sie könnten über Frauen herrschen, auch sexuell. Das wird verstärkt durch die materielle Ungleichheit und ihren geringeren Status in der Gesellschaft. Wir müssen Sexismus bekämpfen und im Prozess des Kampfes werden Millionen von Menschen dieses brutale, sexistische, ausbeuterische kapitalistische System, in dem wir leben, in Frage stellen und nach einer Alternative jenseits des Kapitalismus suchen.

Baut eine Massenbewegung um Sexismus, das Kastenwesen und Kapitalismus zu bekämpfen

New Socialist Alternative (CWI in Indien) fordert:

- Sofortige Aktionen gegen Sexualstraftäter und angemessene Hilfe für die Opfer solcher Verbrechen
- Eine unabhängige Untersuchung der Verantwortung von Polizei und Staatsapparat für die sexuelle Gewalt. Diese sollte Gewerkschaften, Frauen, Studierende und andere progressive Organisationen umfassen und das Recht haben, gegen diejenigen vorzugehen, die den Tätern zur Seite stehen.
- Nein zur Todesstrafe! Nein zur Kastration! Ja zu schnellen Gerichtsverfahren zu Vergewaltigung und anderen Formen der sexuellen Gewalt.
- Die arbeitende Bevölkerung kann sich nicht auf die staatlichen Institutionen verlassen, für Gerechtigkeit zu sorgen. Deshalb muss es Verteidigungskomitees von Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, ArbeiterInnen und anderen fortschrittlichen Organisationen geben, um die Straßen wieder sicherer für Frauen zu machen und die Bedrohung von Frauen zu bekämpfen durch eine Kampagne gegen sexuelle Gewalt und Ausbeutung gegen Frauen, die über Vorteile bezüglich Vergewaltigung aufklärt und sich für Frauenrechte ausspricht.
- Ein Ende dieses kapitalistischen Systems, das Frauen diskriminiert und unterdrückt. Für eine demokratische, säkulare und sozialistische Gesellschaft auf der Basis von wirklicher Gleichheit, das die Bedürfnisse der Menschen über die Profite einiger Weniger stellt.

Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Veröffentlicht am 25. November 2011

Seit 30 Jahren organisieren am 25. November, dem „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen Veranstaltungen oder Aktionen, um auf Gewalt gegen Frauen und ihre Schlechterstellung aufmerksam zu machen.

Es ist wichtig, nicht nur an diesem Tag, auf Gewalt gegen Frauen und vor allem auf eine Zunahme von häuslicher Gewalt in vielen Ländern hinzuweisen.

von Jenni Wörl, Aachen

Trotz Frauenbewegung und Gleichstellungsgesetzen sind Frauen hier und weltweit auch heute noch massenhaft von Gewalt betroffen. Laut einer EU-Studie aus dem Jahr 2005 gibt es z.B. international ca 150 Millionen Mädchen und Frauen, die an ihren Genitalien verstümmelt worden sind. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellte 2004 fest, dass jede vierte Frau in Deutschland im Alter von 16-85 Jahren im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt hat. Caren Lay von DIE LINKE weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass insgesamt 40 Prozent aller Frauen in Deutschland sexuelle und körperliche Gewalt erleben.

Mit Brötchen gegen Gewalt?

Auch bürgerliche Politiker versuchen diesen Tag zu nutzen, um uns weiszumachen, sie würden etwas gegen die Diskriminierung von Frauen unternehmen. Dabei sind sie es, die die Schlechterstellung von Frauen vorantreiben. Da verkaufen Bürgermeister und Bezirksverordnete in Berlin Backwaren in Tüten mit der Aufschrift „Gewalt kommt nicht in die Tüte“, in Köln findet das Thema in der künstlerischen Installation „Angst trifft Mut“ seinen Ausdruck und in verschiedenen anderen Städten werden von Politikern Informationsmaterialien über Gewalt gegen Frauen und Unterstützungsmöglichkeiten für die Betroffenen verteilt.

Aufklärung ist wichtig. Aber dieselben Politiker, die am 25.11. Informationen gegen Gewalt verteilen sind es, die am nächsten Tag umfassenden kommunalen Kürzungen zustimmen, die auch und vor allem Frauen treffen.

Geld für Banken ...

In den letzten Jahren wurden Hunderte Milliarden Euro und US-Dollar in Programme zur Bankenrettung gesteckt. Dem Euro-Rettungsschirm stehen 250 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Profite der europäischen Banken in Griechenland, Portugal und Italien zu sichern.

...Kürzungen in den Kommunen

Nicht gesichert wird dagegen der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt. Die Zuschüsse für Frauenhäuser werden gekürzt oder wie im Fall von Wedel (Schleswig-Holstein) mit der Begründung, der Anteil der Frauen aus anderen Bundesländern wäre zu hoch und Schleswig-Holstein wäre für diese Frauen nicht zuständig, sogar ganz gestrichen. Es sind die Politiker derselben Parteien, die mit Hartz IV die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern verschärft und damit eine Befreiung aus einer gewalttätigen Beziehung erschwert haben. Mit diesen Leuten lässt sich die Gleichberechtigung von Frauen nicht erreichen.

Um eine ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern und weiteren Anlaufstellen, ein Ende von Hartz IV, gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit und die Diskriminierung von Frauen zu beenden, müssen sich Frauen und Männer unabhängig von bürgerlichen Parteien organisieren, die den Sozialabbau vorantreiben und ein System verteidigen, das uns spaltet nach Geschlecht, Herkunft und sexueller Identität.

Never again: Proteste für das Recht auf Abtreibung nach tragischem Tod in Irland

Veröffentlicht am 24. November 2012

Für das Recht auf freien, legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch
Das Abtreibungsverbot in Irland hat Ende Oktober der ersten Frau das Leben gekostet. Große Proteste haben seit dem das Recht auf Abtreibung gefordert. Die Socialist Party, die irische Schwesterorganisation der SAV und die Vereinigte Linksallianz unterstützen und fördern diese Proteste.

von Michael Koschitzki, Berlin

Die 31 jährige Savita Halappanavars starb am 28. Oktober im Krankenhaus. Sie war in der 17. Woche schwanger und zweieinhalb Tage vorher mit starken Rückenschmerzen eingeliefert worden. Nachdem ihr die Ärzte mitteilten, dass sie eine Fehlgeburt haben wird, bat sie mehrfach um einen Schwangerschaftsabbruch des nicht lebensfähigen Fötus. Wahrscheinlich reagierte der Körper aufgrund einer Infektion auf ihn. Der Schwangerschaftsabbruch wurde ihr verweigert, solange das Herz des Fötus schlagen würde. Ein Arzt sagte: „Das ist ein katholisches Land“.

Ein Verfassungszusatz in Irland verbietet immer noch Abtreibung. Ein Verfassungsgerichtsurteil von 1992 räumte gewisse Spielräume ein, die aber nicht gesetzlich geregelt sind. Noch 2009 hatten drei Frauen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Recht bekommen, die dagegen geklagt haben. Doch auch seit dem hat die Regierung kein Gesetz verabschiedet, sondern lediglich im Januar diesen Jahres eine Kommission eingesetzt. Seit 1980 sind mindestens 138.000 Frauen nach Großbritannien gereist, um dort Schwangerschaftsabbrüche vornehmen zu lassen.

Proteste und Forderungen

Anlässlich des Todes von Savita Halappanavars wurden große Proteste organisiert. Am 17. November demonstrierten insgesamt 30.000 Menschen in verschiedenen irischen Städten. Die Socialist Party unterstützte diese Proteste und rief zu einem internationalen Protesttag am 21. November auf, an dem

zahlreiche Proteste rund um den Globus organisiert wurden. Die Socialist Party fordert ein unmittelbares Gesetz zur Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen und eine massenhafte Kampagne aus den Nachbarschaften und Betrieben, um sowohl das Gesetz durchzusetzen als auch kostenlose, legale und sichere Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu erkämpfen. Sie fordern die Trennung von Staat und Kirche und ein Ende des Einflusses der Kirche auf die Gesundheitsversorgung und die Bildung. Sie wollen ein Ende dieses kapitalistischen Systems, das Frauen diskriminiert und unterdrückt. Auch die Vereinigte Linksallianz, in der die Socialist Party aktiv ist, unterstützt die Proteste und Kampagnen.



„Im Zweifel musst du kratzen“

Veröffentlicht am 29. September 2012

Kommentar zum Freispruch für Vergewaltiger in Essen

von Alexandra Arnsburg, Berlin

Am 10. September sprach das Landgericht Essen einen Vergewaltiger frei, mit der Begründung, dass sich die Betroffene nicht genügend gewehrt hätte. „Nein“ und die Angst vor schlimmerer Gewalt begründen vor Gericht keinen Tatbestand für Vergewaltigung.

Der Anwalt der Betroffenen kommentierte die Entscheidung zynisch: „Man kann jeder Frau nur einen Rat geben: Im Zweifel musst du kratzen.“ Die Rechtslage schützt in der Regel die Täter. Laut einer Studie von 2009 enden nur 13 % der strafrechtlichen Verfahren nach einer Anzeige wegen Vergewaltigung mit einer Verurteilung des Betroffenen. Die Quote bei anderen Straftaten liegt bei ca. 55 %. Die Entscheidung des Landgerichts Essen ist leider keine Überraschung sondern wirft ein Licht auf die aktuellen Zustände.

Entwürdigende Verfahren

Die seltene Verurteilung ist für Frauen bei weitem nicht der einzige Grund, den Täter nicht anzuzeigen: Die erfahrene Gewalt immer wieder schildern, entwürdigende Details preisgeben, die eigene sexuelle Vergangenheit offen legen zu müssen und bewertet zu wissen, ärztliche Untersuchungen, das Gefühl, dass einem nicht geglaubt wird – das durchzustehen erfordert schon sehr viel Stärke, die Frauen aufbringen sollen, die gerade eine traumatische Erfahrung hinter sich haben. Angst vor den polizeilichen Befragungen oder vor gesellschaftlicher Ächtung, vor erneuter Gewalt vom Täter, Scham oder eigene Schuldzuweisungen sind oft Gründe dafür, dass Frauen nicht den Schritt zur Polizei wagen.

Menschen zweiter Klasse?

Natürlich ist es ein Fortschritt, dass Vergewaltigung in der Ehe nun als Tatbestand existiert; dass Opfer von weiblichen geschulten Polizistinnen vernommen werden, dass es in fast jeder Polizeiwache geschulte Leute und

oft eine extra Rufnummer gibt für Nachbarn, die häusliche Gewalt anzeigen können. Aber diese Einrichtungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In einer Gesellschaft, wo landläufig Witze darüber gerissen werden, dass Frauen mit „Nein“ eigentlich „Ja“ meinen, wo weibliche Sexualität vor allem zu Werbezwecken dient und Frauen jeden Zentimeter ihres Körpers auf Unzulänglichkeiten prüfen sollen, kann es keine Selbstbestimmung für Frauen geben. Die meisten Frauen sind Menschen zweiter Klasse. Sie leisten den größten Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und haben den geringsten Anteil am gesellschaftlichen Vermögen. Die rigorose Kürzungspolitik trifft vor allem Frauen. Einsparungen im Sozialbereich sorgen dafür, dass Frauenhäuser schließen und Frauenprojekte stillgelegt werden. Die Deformation des Gesundheitswesens hat z. B. dafür gesorgt, dass eine vergewaltigte Frau in einem Krankenhaus (oder ein Krankenhaus weiter, weil das vor Ort privatisiert wurde und die Gynäkologie oder die Notaufnahme geschlossen wurde) 10 Euro Eintritt zahlen muss. Das bestehende System beruhend auf Profitgier und dem Machtstreben der Kapitalbesitzer benutzt die Spaltung der Gesellschaft in Mann und Frau, Deutsche und Ausländer, Beschäftigte und Arbeitslose als Werkzeug, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Im gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen für eine andere Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert – eine sozialistische Gesellschaft – können wir die Grundlage für die Überwindung jahrhundertlang geprägter Vorurteile legen.

20 Jahre “Entscheidungsfreiheit”?

Veröffentlicht am 26. Juni 2012

Am 26. Juni 1992 wurde das “Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs” – kurz Schwangeren- und Familienhilfegesetz – verabschiedet. Die Fristenregelung mit Beratungspflicht wurde der medizinischen sowie kriminologischen Indikation hinzugefügt – Schwangerschaftsabbrüche, die aus sozialen oder persönlichen Gründen durchgeführt wurden, wurden für straffrei erklärt.

von Nica Markin, Berlin

Es dauerte zwei Jahre, bis im Einigungsvertrag nach der Wende eine Regelung gefunden werden konnte, die zwischen den sehr unterschiedlichen Gesetzeslagen der 2 Länder einen Kompromiss fand. Bis die endgültige Einigung vollzogen wurde, galt das DDR Gesetz “über die Unterbrechung der Schwangerschaft” in den neuen Bundesländern weiter. Das einzige Gesetz der DDR, das nicht nach der Vereinigung sofort aufgehoben wurde. 20 Jahre sind nun vergangen – wie veränderte die neue Gesetzeslage das Leben von Frauen in den neuen und alten Bundesländern ?

“Mutter- und Kindschutz und die Rechte der Frau” in der DDR

Die deutsche demokratische Republik verabschiedet 1950 ein moderateres Gesetz, das bis 1972 gültig bleibt. Das Gesetz über den “Mutter- und Kindschutz und die Rechte der Frau” umfasst ein umfangreiches Sozialpaket. Vollbezahlter Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub werden eingeführt, Krippen- und Kindergartenplätze werden für alle Kinder garantiert. Das Paket beinhaltet auch eine medizinische Indikationsregelung für Schwangerschaftsabbrüche, die einen Abbruch aus sozialen oder persönlichen Gründen nur erlaubt, wenn ein Ärzteteam die Zustimmung gibt. Das staatliche Gesundheitssystem gewährleistet die Vor- und Nachsorge des Eingriffs.

1972 wird diese Bestimmung aufgehoben und das Gesetz über die “Unterbrechung der Schwangerschaft” wird eingeführt. Die Präambel erklärt: “Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert,

dass die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragen selbst entscheiden kann. Die Verwirklichung dieses Rechts ist untrennbar mit der wachsenden Verantwortung des sozialistischen Staates und aller seiner Bürger für die ständige Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Frau, für die Förderung der Familie und der Liebe zum Kind verbunden.“ Schwangere können unabhängig von einem Ärzteteam entscheiden, ob sie die Schwangerschaft fortsetzen oder abbrechen möchten. Nach wie vor übernimmt das staatliche Gesundheitssystem die Vor- und Nachsorge und reformiert die Familienpolitik, um Anreize zur Familiengründung und zum Kinder kriegen zu schaffen. So wird der Schwangerschafts- und Wochenurlaub auf 18 Monate bei voller Lohnfortzahlung verlängert, bei der Geburt jedes Kindes werden 1000 Mark Beihilfe ausgezahlt und Sonderrechte (Bevorzugung bei Wohnungsvergabe und Krippenplätzen) für Alleinerziehende, kinderreiche Familien und kranke Kinder eingeführt.

Ausweitung der Gesetzeslage der BRD auf die DDR

Die Wende brachte viele verschiedene Veränderungen und Umbrüche mit sich – für Frauen im besonderen. Stellte die Aufhebung der gesamten Gesetze der DDR kaum eine Veränderung für Frauen der alten Bundesländer dar, so bedeutete das für Frauen aus den neuen Bundesländern enorme Verschlechterungen. Die Familienpolitik der DDR, so kritisch man die Rollenverteilung und andere Unzulänglichkeiten betrachten muss, umfasste viele soziale Absicherungen und Anreize für Frauen, berufstätig zu sein und gleichzeitig die Familie mitsamt der Kinder zu managen. Hier einige Beispiele: Berufstätige Frauen konnten für ein Jahr bei vollem Lohnausgleich und Arbeitsplatzsicherung in eine Babypause gehen. Mütter mit 2 Kindern, oder Alleinerziehende konnten sich bei Erkrankung der Kinder bis zu 13 Wochen im Jahr freistellen lassen, ebenfalls finanziell abgesichert durch entweder Sozialversicherung oder Krankengeld (abhängig von Dauer). Verbot von Nacht- und Überstundenarbeit für schwangere und stillende Frauen. Frauen mit Kindern bis zum Vorschulalter konnten Überstundenarbeit ablehnen.

Ein Blick auf die Zeit nach der Vereinigung macht die Verschlechterung für Ost-Frauen deutlich: Betrag der Schwangerschafts- und Wochenurlaub insgesamt bis zu 28 Wochen (bei kranken Kindern), wurde dieser in der BRD auf maximal 18 Wochen gekürzt. Der Erziehungsurlaub konnte 3 Jahre dauern, allerdings ohne Arbeitsplatzsicherung. Eine Freistellung im Krankheitsfall des Kindes konnte nur genommen werden, wenn nachweislich keine Alternativen zur Verfügung standen. Der betreuende Elternteil bekam pro Kind und Jahr 5 Tage Krankengeld.

Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahre sind rar, von Bedarfsdeckung kann nicht die Rede sein.

Erwerbstätigkeit und Familie vor und nach der Wende

Bis 1989 waren 92% aller Frauen im berufstätigen Alter in der DDR berufstätig, davon 27% Teilzeit beschäftigt. Bis zum 30 Lebensjahr hatten 90% der Frauen mindestens ein Kind. Etwa 340.000 alleinerziehende Frauen (Männer 1-2%) konnten durch bevorzugte Versorgung mit Krippen- und Kindergarten/ Hortplätzen und Lohnausgleich bei Erkrankung des Kindes ein sozial abgesichertes Leben führen.

Nach der Wiedervereinigung wurden soziale Kürzungsmaßnahmen umgesetzt, wie der massiven Streichung von Kita- und Krippenplätzen. Viele Berufe der DDR wurden in der BRD schlicht nicht anerkannt, eine Fortsetzung der Berufstätigkeit nach der Wende war ausgeschlossen. Die steigende Arbeitslosigkeit im gesamten Land erschwerten zusätzlich die Erwerbstätigkeit. In den ersten Jahren glich sich die Berufstätigkeit von Ostfrauen auf Westniveau an, d.h. das Niveau in Ostdeutschland sank um knapp die Hälfte (bis "90 sind 50,2 % der Frauen in Westdt. Berufstätig).

¼ der Ostfrauen, die zwischen "90-"92 Erziehungsurlaub genommen haben, fanden keine Rückkehr in die Berufstätigkeit.

"91 lebten 985.000 alleinerziehende Frauen in der BRD und waren gezwungen, Vollzeit zu arbeiten, um nicht in die Armut abzusinken. Hinzu kam die Belastung der Kindererziehung, da öffentliche Betreuerangebote massiv gestrichen wurden.

Besonders dramatisch wirkte sich die Veränderung in der Geburtenrate in den neuen Bundesländern aus – sie sank auf fast Null. 4,29% der Frauen in einer Ausbildung brachten 1989 in der DDR ihr erstes Kind zur Welt, in Westdeutschland lag der Stand zur selben Zeit bei 0%. Dieses Niveau wurde nach 1990 auch in Ostdeutschland erreicht. In den letzten Jahre der "80 er bekamen 8-10% der berufstätigen Frauen in der DDR ein Kind pro Kalenderjahr, in Westdeutschland waren es 5-7%. Nach der Wende sank dies bei Ostfrauen 1991 auf 5,19% und 1992 auf 1,82%.

Im Vergleich zu den sogenannten Baby-Boom Jahren in den 1960ern ist die Geburtenrate in den "90ern um knapp die Hälfte zurückgegangen. Seither

steigt die Zahl kaum. Nach wie vor gibt es ein Ost-West Gefälle, in den neuen Bundesländern liegt die Geburtenrate weiterhin unter West-Niveau.

Soziale Unsicherheit und Abstieg in die Armut

Laut dem Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit sind 2010 “63 Prozent der geringfügig Beschäftigten, 46 Prozent der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten, ein knappes Drittel der Selbständigen und zwei von fünf unter den Beamten, Richtern und Soldaten weiblich.” Mehr als jede dritte Frau (6% Männer) arbeitet Teilzeit. 64% aller Geringverdiener sind Frauen. Frauen verdienen bis zu 30% weniger im selben Beruf wie ihre männlichen Kollegen. Frauen, Rentner und Kinder sind überdurchschnittlich höher von Armut betroffen bzw. bedroht.

Gleichzeitig leistet die Frau noch immer 2/3 der Hausarbeit und Kindererziehung allein, zusätzlich zur Berufstätigkeit. Die Hauptlast der Familie liegt also nach wie vor bei der Frau – die Situation wird sich für sie erheblich verschlechtern durch die geplanten Haushaltskürzungen im öffentlichen Bereich. Beispielsweise wird die kommende Reform im Altenpflegebereich die Auslagerung in den privaten Haushalt forcieren – konkret bedeutet das, dass neben der unbezahlten Hausarbeit, Kindererziehung- und -betreuung auch die Pflege von Familienmitgliedern dazukommen wird.

Die hohe Arbeitslosigkeit und der erschwerte Berufseinstieg machen es für junge Frauen schwer oder unmöglich, Kinder zu kriegen. Heutzutage kann Kinder kriegen gleich bedeuten mit Langzeitarbeitslosigkeit oder Minijob und extrem hohe Belastung durch die Hausarbeit. Beispielsweise hat eine aktuelle Studie ergeben, dass mindestens 1/3 der minderjährigen Mütter weder einen Schulabschluss, geschweige denn einen Hochschulabschluss machen oder einen Beruf erlernen und so zu Langzeitarbeitslosigkeit verdammt sind. Ob eine Frau eine Schwangerschaft fortsetzt oder abbricht, oder überhaupt schwanger werden will, ist selten eine absolut private, von den sozialen Umständen und Verhältnissen losgelöste Entscheidung.

Straffreiheit, wofür eigentlich?

Im 16. Abschnitt des deutschen Strafgesetzbuches (§211-§222 StGB) finden sich alle Straftaten “gegen das Leben” – wie Körperverletzung, Totschlag, Mord neben Schwangerschaftsabbruch.

“Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.” – so fängt der §218 an. In den fortfolgenden Abschnitten sind die Fristen- und Indikationsregelungen enthalten. Aber erst in §219 wird deutlich, wo die Reise hingehen soll:

“Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Dabei muß der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat und daß deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist, daß sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt.” Kurz: die Schwangere, die die Schwangerschaft abbricht, beendet das ungeborene Leben. Mit der Fristenregelung wird der Tatbestand der Tötung des ungeborenen Lebens nicht erfüllt und ist somit straffrei.

Gesellschaftliche Ächtung und moralischer Druck

In Diskussionen zum Für-und Wider des Schwangerschaftsabbruchs tun sich Abgründe der bürgerlichen Moral auf, jegliche irgendwie fortschrittlich geartete Position zur Emanzipation der Frau wird restlos über Bord geworfen.

Das erniedrigende, bürokratische Prozedere – den Eingriff darf nicht der Arzt oder die Ärztin des Vertrauens durchführen; für die Kostenübernahme muss man nicht nur die Einkommensverhältnisse offen legen, sondern auch einen Antrag bei einer völlig fremden Person stellen, im unangenehmsten Fall sitzt ein alter Mann vor einen und bäugt einen verächtlich – ist nur die Konsequenz des moralischen Drucks.

In der Öffentlichkeit spitzt sich die gesellschaftliche Ächtung zu – so finden sich mehr Anti-Abtreibungs Gruppen, Foren und Webseiten, in denen offen frauenfeindliche Positionen vertreten werden, als Aufklärungs- und Hilfsangebote. Vom Holocaust im Bauch hin zu Horrorszenarien von medizinischen Komplikationen und Unfruchtbarkeit findet sich alles.

Die andere Seite dieser Moralmedaille ist die Idealisierung des Mutterseins. Frei

nach dem Motto "Eine erfüllte Frau ist eine Mutter" – wird beim jungen Mädchen bereits das Wunder des Mutterdaseins eingetrichtert. Frauen, die keine Kinder haben möchten, werden gesellschaftlich kaum akzeptiert. Frauen, die versuchen, überhaupt einem Beruf nachzugehen oder gar konkrete Vorstellungen für den Berufsweg haben und sich so wenig wie möglich einschränken wollen, müssen sich als Rabenmutter abstempeln lassen. Kein Wunder also, dass die häufigste Nebenwirkung eines Abbruchs psychische Störungen sind, dabei sind operative Abbrüche oder medikamentöse Alternativen medizinisch risikoarm.

Befasst man sich mit der Diskussion über die Festsetzung der Frist – bis zu welcher Woche ein Abbruch moralisch akzeptabel ist – kriegt man den Eindruck, dass Schwangere eine besonders willkürliche, launische und verantwortungslose Menschen-Spezies sind. Als ob eine Schwangere sich nach 7 Monaten Schwangerschaft spontan entscheiden würde, die Idee doch doof zu finden und lieber ihrem vorherigen Lotterleben fröhnen zu wollen. Als ob eine Schwangerschaft die angenehmste und leichteste Sache der Welt sei und die Frau sich gefälligst nicht so anstellen soll.

Die Mehrheit der Abbrüche werden vor den ersten 12 Wochen vorgenommen, Spätabtreibungen sind selten und medizinisch alternativlos. So wurden 2010 107.852 Schwangerschaften bis einschließlich der 14. Woche abgebrochen, zwischen der 15. und 24. Woche waren es 2117 und nach der 25. Woche 462. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass eine Frau, die einen Abbruch möchte, diesen so früh wie möglich machen lässt.

Die Kontrolle über Schwangerschaft und -abbruch dienen neben anderen sexistischen Mechanismen der Reproduktion von Rollenbildern von Frauen, in die die kapitalistische Gesellschaft sie presst.

"Das heilige Leben"

Die Geburtenrate ist bei steigender sozialer Verunsicherung und Armut gesunken. Die Abbruchrate in den letzten 10 Jahren blieb konstant bzw. stabil bei Rund 100.000 im Jahr. Die absolute Mehrheit der Abbrüche wurden bei Frauen zwischen 20 und 40 Jahren gemacht, 40% von ihnen hatten keine Kinder. Eine der häufigsten Gründe für einen Abbruch sind soziale Umstände und die Angst davor, für das Kind nicht sorgen zu können.

"Das Lebensrecht des Embryos oder der Schutz des ungeborenen Lebens"

verlieren mit der Geburt ihren Wert – kaum eine Bevölkerungsgruppe ist so stark von Armut, Abhängigkeit und Entmündigung betroffen wie Kinder und Minderjährige. Seit 1965 hat sich die Geburtenrate halbiert – von 1,3 Millionen Lebendgeburten jährlich auf 680.000 heute. Gleichzeitig ist die Kinderarmut um das 16 fache gestiegen – in Deutschland, nicht in einem Entwicklungsland. Alle 10 Jahre verdoppelt sich die Kinderarmut, Hartz 4 beschleunigt und vertieft diesen Prozess. Heute leben 14% aller Kinder in Deutschland in Armut. Eine aktuelle Sozialstudie hat ergeben, dass rund 13 Millionen Menschen zwischen 14-27 Jahren von Armut bedroht sind und jeder fünfte, also 2,6 Millionen, trotz staatlicher Hilfe in Armut leben.

“...ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist...” (§219 StGB) – das deutet keinesfalls darauf hin, dass der Staat das soziale Ungleichgewicht berücksichtigt und so der Frau die Freiheit zugesteht. Der Staat entzieht sich mit dieser Begründung jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung, verlagert es auf die Entscheidung der Frau und ist so fein raus aus dem Schneider. Sozial schwache Frauen und Familien sollen keine Kinder kriegen – die Kosten für den Staat sind immens. Nur diejenigen, die sich auf eigene Kosten Kinder leisten können, sollen Kinder kriegen. Reformen beim Elterngeld und bei Kinderbetreuungsangeboten begünstigen die Familiengründung in der sogenannten Mittelschicht, das Betreuungsgeld würde diese Tendenz verhärten.

Sarrazin brachte das kürzlich auf den Punkt, als er Vorschlag, gezielte Geburtenkontrolle bei Hartz4 EmpfängerInnen und MigrantInnen umzusetzen – er hat scheinbar nicht begriffen, dass das längst der Fall ist.

Geburtenkontrolle – Von Todesstrafe zu Zuchthaus und Folter zu Indikationsregelungen

Die Geburtenkontrolle ist ein wichtiges Instrument für die Herrschenden in einer Klassengesellschaft, denn für den Fortbestand ihrer Klasse muss gewährleistet sein, dass die unterdrückte Klasse sich ausreichend reproduziert. Bis die ArbeiterInnen – und Frauenbewegung erste Schritte hin zu legalem Zugang zu Verhütungsmitteln und Abbrüchen erringen konnte, stand der Schwangerschaftsabbruch unter schärfsten Strafen, besonders zu Kriegszeiten.

Im 16. Jh. wird erstmals im Gesetz das Verbot auf Schwangerschaftsabbruch gesetzlich festgehalten. Beginnend mit der Todesstrafe wandelt sich das Strafmaß, aber nie das Verbot an sich.

1871 wird die Urfassung des heutigen §218 geboren – bei Abbruch Zuchthaus bis zu 5 Jahre, bei mildernden Umständen wird das Zuchthaus zu Gefängnis umgewandelt. Die Begründung damals: “Der wichtigste Grund für die strafrechtliche Verfolgung ist die Forderung von Regierung, Wirtschaft und der Kirche nach verstärktem Bevölkerungswachstum.”

55 Jahre später wird das Gesetz erstmals abgemildert – auf Antrag der SPD – von Zuchthaus zu Gefängnis und die Mindeststrafezeit wird von 6 Monaten auf einen Tag herabgesenkt. Ausserdem wird die medizinische Indikation – medizinisch notwendiger Abbruch bei Lebensgefahr der Schwangeren – anerkannt.

Mit der Machtergreifung der Faschisten in Deutschland beginnt das dunkelste Kapitel der Geburtenkontrolle. 1933 werden die Zusatzparagraphen von §218 – §219 und § 220 – wieder eingeführt und damit ist nicht nur der Abbruch an sich verboten, sondern auch der Vertrieb von Abtreibungsmitteln, – angeboten und -diensten. 1935 werden gesetzlich Schwangerschaftsabbrüche bis zum 6. Monat zwangsweise durchgeführt, um “minderwertige Rassen” auszurotten. Massenhafte Zwangssterilisationen von Behinderten, Homosexuellen, “minderwertigen Rassen”, Linken und SozialistInnen sind an der Tagesordnung. 1943 wurden Abbrüche mit der Todesstrafe geahndet, wenn sie “die Lebenskraft des deutschen Volkes” gefährdeten; strafflos blieb es weiterhin bei “minderwertigen Volksgruppen”; bei Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung von sowjetischen Soldaten war der Abbruch erlaubt – bei Westalliierten wiederum mussten die Frauen die Schwangerschaft fortsetzen.

Im historischen Vergleich ist die heutige Gesetzeslage eine Verbesserung, ein Zugeständnis an die Arbeiterklasse und Frauenbewegung. Die Herrschenden werden sicherlich nicht von heute auf morgen ein Verbot durchsetzen können – aber Einschränkungen sind möglich. Die Kostenübernahme wird nicht von den Krankenkassen getragen, sondern von den Ländern. Im Zuge der Schuldenbremse könnte auch diese soziale Leistung gekürzt werden, weitere Privatisierungen von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen könnten vorgenommen werden. All das würde besonders zu Lasten von geringverdienenden Frauen gehen.

Schwangerschaftsabbrüche, Verhütungsmittel und Arbeiterklasse

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Abbruchrate und Verhütungsmittel. Während in Deutschland der Zugang zu Verhütungsmitteln verboten war, war die Anzahl der illegalen Schwangerschaftsabbrüche am höchsten. Mit der Legalisierung und besserem Zugang zu Verhütungsmitteln sank entsprechend die Abbruchrate.

Frauen haben schon immer selbst kontrolliert, ob und wann sie schwanger sein möchten. Abtreibungsverbote trieben Frauen der Arbeiterklasse in illegale Abtreibungskliniken oder in die Hände von dubiosen, überteuerten Ärzten und gesundheitliche Langzeitfolgen, sowie hohe Sterberaten waren die Folge. Frauen der herrschenden Klasse oder der Mittelschicht reisten entweder in Länder, in denen Verhütungsmittel und Abbrüche legal waren oder bezahlten Ärzte vor Ort. Legale Verhütungsmittel und Abbrüche gewährleisteten, dass Frauen der Arbeiterklasse sich weder gesundheitlich noch strafrechtlich gefährden.

Selbstbestimmungsfreiheit der Frau

Die SAV fordert nach wie vor: Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219 StGB; keine staatliche Bevormundung der Frauen durch Beratungszwang; keine kommunalen Kürzungen auf Kosten der Frauen und Kinder; kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis 13. Lebensjahr; kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Frauen und Männer, Mädchen und Jungen; Sexualaufklärung in allen Grund- und weiterführenden Schulen; volle Kostenübernahme bei Schwangerschaftsabbrüchen, sowie freie Wahl der Abtreibungsmethode für die Frau und ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen für alle. Nach über 10 Jahren kann keine dieser Forderungen zurückgenommen werden. Die tiefste Wirtschaftskrise des Kapitalismus bedroht die ArbeiterInnen weltweit mit Elend und Armut. In diesen Zeiten ist es umso schwieriger, Kinder auf die Welt zu setzen.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Frauen frei entscheiden können, ob und wann und wieviele Kinder sie haben möchten – ohne einen sozialen Abstieg zu fürchten oder sich beruflich einschränken müssen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Frauen gleichberechtigt sind.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Kinder gesund aufwachsen können – frei von sozialer Benachteiligung, Armut und Krankheit.

How abortion rights were won in the US

Veröffentlicht am 24. April 2004

The women's liberation movement of the 1960s and '70s reached its peak when women won the right to choose an abortion and the Supreme Court legalized the procedure in the 1973 *Roe v. Wade* case. Women made the right to abortion a central demand of their movement because they understood that women could never be equal with men without control over their reproductive lives.

Ramy Khalil, socialistworld.net

The right to abortion is especially necessary in a society that ultimately expects women to bear the financial and emotional responsibilities of raising children, but pays women much lower wages than men. The decision to carry a pregnancy to term must be the woman's and no one else's – not the church's, government's, parents', husband's, or boyfriend's. When abortions were outlawed before *Roe v. Wade*, it did not stop them from happening at all. It just made them humiliating, unsafe, and too often fatal. It is estimated that approximately one million women had illegal abortions annually before the procedure was legalized in 1973, which directly resulted in the deaths of some 5,000 women every year. (i) Women who made the agonizing decision to have an illegal abortion were desperate, often because they simply could not afford to raise a child. Scared and ashamed, women often self-induced abortions with coat hangers or other sharp objects or sought out a “back alley” abortionist. There was no telling for sure whether an abortionist was a licensed practitioner that would use safe anesthesia and sterile instruments, or whether he or she knew how to perform an abortion safely. But in the dark and dangerous world of illegal abortions, women simply had to take whatever was available. Approximately a third of the million women having illegal abortions each year had to be hospitalized for complications (ii). When complications inevitably developed, women would often delay medical treatment for fear of criminal charges.

In Leslie Reagan's 1997 book, *When Abortion Was a Crime*, a woman recounts a story of a college classmate who had an illegal abortion: “She was too frightened to tell anyone what she had done. So when she developed complications, she tried to take care of it herself. She locked herself in the bathroom between two

dorm rooms and quietly bled to death.” (iii)

The criminalization of abortion disproportionately forced lower-income women and women of color into these terrifying, dangerous situations. Rich women, though, could afford safe abortions by paying a private doctor exorbitant fees or traveling to a country where abortion was legal. The abortion rights movement actually began long before the women’s movement of the ’60s and ’70s. By the ’60s, an underground network of activists, doctors, ministers, lawyers, and welfare rights groups had already been risking arrest and skirting the law to direct pregnant women to competent physicians who would perform abortions. Abortion rights supporters had been persistently lobbying the government to legalize abortion under certain conditions but made very little progress until the mass women’s liberation movement exploded onto the streets in the late ’60s and early ’70s. This new movement was born out of women’s anger at the sexist injustices they faced on a daily basis. To give some examples, it was conventional wisdom at the time that women who were raped had invariably asked for it. As late as 1978, marital rape was illegal in only three states. Incest, domestic violence, and sexual harassment occurred all too often but were never discussed. The median income of working women in 1960 was only about one-third that of men (iv).

Of course, the oppression of women dates back to long before the 1960s. So why did the women’s movement suddenly emerge in the mid’60s?

The Rise of the Women’s Movement

The growing number of women working outside the home and the rising yet unfulfilled expectations of the post-war economic upswing were crucial factors that prepared the conditions for the emergence of the modern women’s movement.

World Wars I and II, and the massive post-war economic expansion, drew record numbers of women into the workforce. In 1950, approximately 33% of women worked outside the home. By 1970, this figure had climbed to 44%, and by 1999 it had jumped to 64.5% (v). When U.S. troops returned home from World War II, the government waged a massive propaganda campaign glorifying the joys of motherhood as women’s duty in America’s fight against “communism,” hoping to push women back into the home to allow men to return to their jobs and superior social status.

However, millions of women did not want to return to the often imprisoning isolation of housework and motherhood, especially housewives who lived in recently expanded suburbia, which many found stale and empty. Working together outside the home and earning their own money increased women's economic independence, confidence, and collective consciousness. Rising living standards and the opening of college doors to women to satisfy corporations' demands for more skilled managers and professionals raised women's expectations that they could improve their lives through college and a career. However, many women only found doors slammed in their faces by elitist, sexist men. The ruling class's cult of motherhood worked for a time in the 1950s, but by the '60s it backfired. A new generation of young women vowed never to live what they saw as the stifling lives of their mothers, who had given up their own dreams to live through their husbands and children. The federal government's approval of the birth control pill in 1960 also contributed to the developing sexual revolution and greater independence for women.

Revolution in the Air

But nothing inspired the birth of the women's movement more than the anti-Vietnam War movement and especially the civil rights movement. African Americans' determination to achieve equality through actions such as the famous sit-in at a Woolworth's segregated lunch counter had a contagious effect. Women became radicalized as they participated in mass protests and began to ask themselves: "If blacks can successfully challenge racism, why can't women challenge sexism, too?" The rise of the women's movement was also directly inspired by the revolutions sweeping the world at the time, especially in 1968. That year, the radical and socialist ideas that inspired the worldwide student revolt, the French general strike, the Prague Spring, and colonial revolutions had an impact on women and other oppressed people in the U.S.

Well-to-do professional women founded the National Organization for Women (NOW) in 1966 with Betty Friedan, author of the influential feminist book *The Feminine Mystique*, as president. NOW members organized protests and filed over 1,000 lawsuits against corporations for sex discrimination, many of which were victorious. They also popularized demands for more childcare centers, equal tax and divorce laws, non-sexist textbooks, abortion rights, and an end to sexist stereotypes in ads, employment, and TV programs.

The sudden surge of involvement in the women's movement was reflected in NOW's membership figures, which grew by leaps and bounds from 300 in 1966 to 40,000 by 1974.

Women's Liberation

Young radical women formed women's liberation groups in 1967, which spread to over 40 cities by 1969, organizing one of the most liberating activities of the new movement, consciousness-raising. The terms "liberation" and "consciousness-raising" were inspired by the black and colonial liberation movements as well as socialist ideas. Consciousness-raising groups came together to question unequal gender roles and to talk frankly about sexual issues which had long been hidden causes for shame and embarrassment, turning depression into anger and building self-confidence and strength together. They also debated issues and strategies to focus their movement around and how to eradicate sexism and overthrow capitalism.

These younger radicals considered NOW's emphasis on courtroom tactics too stodgy and conservative. Instead, they organized large demonstrations in the streets and took direct action to confront instances of sexism, making far-reaching demands for changing society with the intention of raising other women's consciousness, confidence, and expectations. Anything that degraded women became a target for protest. In 1968 a group called Radical Women attracted national attention when they protested the Miss America contest. They set up a Freedom Trash Can to dispose of girdles, bras, curlers, wigs, false eyelashes and other "women's garbage," and then crowned a sheep Miss America. The movement seemed unstoppable as it scored victory after victory, forcing numerous institutions to change their sexist practices. But each victory embittered the right-wing anti-feminist opposition, spearheaded by the Catholic Church hierarchy along with the leaders of various Protestant religious organizations. Right-wing groups began actively lobbying politicians to roll back women's legislative gains. They scored a major victory when President Nixon vetoed the Comprehensive Child Development Act of 1971, which would have made the government responsible for providing childcare for all children.

In his veto message, written by Pat Buchanan, Nixon described the Act as "the most radical piece of legislation to emerge from the 93rd Congress," and said it would "commit the vast moral authority of the national government to the side

of communal approaches to child-rearing” and “would lead to the Sovietization of American children.” (vi)

To challenge the intensifying anti-feminist backlash, NOW called a Women’s Strike for Equality on August 26, 1970 to commemorate the 50th anniversary of the day women won the right to vote. A debate opened up among activists over what the demands of the women’s strike should be. The liberal, middle-class wing of the movement limited their demands to the legal right to abortion, childcare, and equal employment opportunities. The more radical wing, in contrast, thought these demands were steps in the right direction, but unless they demanded free abortion on demand, free 24-hour community-controlled childcare and equal pay for equal work, the demands would fall short of what working women and their families needed to be able to truly exercise these rights. The radical wing’s demands were heavily influenced by the large current of socialist ideas running through the women’s liberation movement. Socialists had long argued for these demands. The 1917 Russian Revolution, for example, brought to power the first government in the world to establish free abortion, free community-run childcare, and equal pay for equal work, as well as free socialized healthcare and the decriminalization of divorce and homosexuality.

The two wings of the movement carried their different banners together in the largest women’s rights demonstrations since the suffrage movement. Fifty thousand women marched, picketed, protested, and held teach-ins, skits, and domestic strikes across the country.

Victory

Hundreds of local protests demanding the legalization of abortion took place between 1969 and 1973. Court actions to do away with laws against abortion began in over 20 states between 1968 and 1970. Militant feminists rejected the supposedly more “realistic and practical” call for reforming the existing abortion laws, for which previous abortion rights activists had been lobbying for years without success. Instead, the militant feminists insisted on nothing less than the full repeal of all laws limiting a woman’s right to abortion, as well as government funding for abortion to make it free and accessible.

In New York, feminists testified before the legislature distributing copies of their model abortion law – a blank piece of paper. Women organized public

speaking-outs, admitting to illegal abortions and explaining why they had made the decision to have abortions. One New York activist explained that their speaking-out was “unbelievably successful and it turned out to be an incredible organizing tool. It brought abortion out of the closet where it had been hidden in secrecy and shame. It informed the public that most women were having abortions anyway. People spoke from their hearts. It was heart-rending.” (vii)

By the early '70s, the women's liberation movement's persistent demand for legalizing abortion without any restrictions forced 11 state governments, including New York and California, to make concessions and liberalize their abortion laws, allowing the procedure under certain conditions. Despite these concessions, the more radical feminists continued to insist on free abortion to prevent market forces from getting in the way of women's needs. In New York, for example, the availability of abortion attracted women from all over the country, driving the price of abortion through the roof and making it less accessible for poorer women(viii).

Finally, on January 22, 1973 in the historic *Roe v. Wade* decision, the Supreme Court struck down state laws prohibiting abortion and permitted a woman and her doctor to make all decisions about reproduction during the first six months of pregnancy. This crucial victory of the women's movement took place under the administration of President Richard Nixon – a conservative Republican adamantly opposed to abortion just like George Bush II – and a Supreme Court dominated by Republican appointees. Nixon had insisted only two years before: “From personal and religious beliefs, I consider abortion an unacceptable form of population control. Further, unrestricted abortion policies, or abortion on demand, I cannot square with my personal belief in the sanctity of human life – including the life of the yet unborn.” (ix) (The New York Women's Strike Coalition replied: “We will grant Mr. Nixon the freedom to take care of his uterus if he will let us take care of ours.”(x)) Activists' persistent public activities had shifted public opinion in favor of the right of women to decide whether and when to have an abortion. The movement's socialistic demands appealed to millions of ordinary women and men, raising their sights about what they rightfully deserved.

Harris polls showed 64% of those polled in 1969 considered the decision on abortion a private matter,(xi) and 63% of American women in 1976 supported

efforts “to strengthen and change the status of women in society.” (xii)

In the early '70s a majority of ordinary people increasingly supported not only women's rights but also the black revolt, the massive anti-war movement, and the wave of workers' militant wildcat strikes. The ruling class felt that if they did not grant some reforms to pacify the growing outcry for radical change, there would be wider social upheaval, threatening the capitalist system itself. Ultimately, the courts and politicians had no choice but to accept that the political balance in society had shifted to the left, and they begrudgingly legalized abortion, pulled U.S. troops out of Vietnam, ended southern legal segregation, and implemented other substantial reforms.

However, big business remained adamantly opposed to making abortion free, which would have cut into their profits and resulted in women and workers expecting even more radical reforms, such as free childcare and healthcare.

Lessons for Today

The victories of the women's movement, such as *Roe v. Wade*, were not handed down by enlightened judges or politicians from either party, but were won in spite of them. Women had to fight hard for these gains by building their own independent mass movement and large-scale protests. Women also multiplied the power of their movement by linking their struggles together with other social movements. The women's movement would never have won the right to abortion if it had not been for the millions of others who protested against racism, the Vietnam War, and low wages and benefits. Today we, too, can greatly strengthen different progressive movements by linking them together into a larger movement against our common enemy – big business.

The victories of the women's movement prove that radical social change is completely possible. In spite of the politicians, courts, corporations, media, educational system, and FBI all being stacked against the women's movement, a small minority of determined women were able to build a mass movement that won to their side the majority of ordinary Americans – the same working-class people who are so often dismissed as hopelessly conservative and consumeristic.

The explosive growth of the women's liberation movement disproves the idea put forward by many liberals – then and now – that change only happens gradually, step-by-step. On the basis of huge events, mass movements can

seemingly burst out of nowhere, which was recently shown again when giant protests were triggered by Bush's drive to war against Iraq.

The liberal strategy of lobbying politicians for only gradual changes and the partial reform of abortion laws dominated the early years of the women's movement. But as the movement grew and learned through experience, the radical and socialist wings of the movement rapidly gained support. The "realistic, practical" liberal strategy was quickly discarded as it became apparent that it was anything but practical, and the "extreme" socialist strategy of mass struggle and demanding the full legalization of abortion was adopted.

We can learn from the younger, militant women's insistence on calling for radical changes, such as free abortion on demand, free childcare and equal pay for equal work, as opposed to the pragmatic outlook of today's women's leaders who continually preach "moderation" and "realism." The radicals' bold, unapologetic case for abortion rights raised the confidence of millions of women and changed the terms of public debate. This stands in stark contrast to the increasingly apologetic, timid defense of abortion by today's leaders of NOW and NARAL Pro-Choice America.

Although the movement did not succeed in achieving free abortion on demand, subsequent events have confirmed how correct the socialist feminists were to argue for it. The experience of the past 30 years since Roe has demonstrated beyond a doubt that the legal right to an abortion is not enough if abortion services are not also accessible and affordable.

The religious right has seized on this by focusing its strategy on rolling back access to abortion services in order to make them more and more difficult to obtain. The lesson is clear – as we re-build the women's movement, we need to defend the right to an abortion but also explain that real choice means free and accessible abortion.

The experience of the past 30 years shows that reforms won under capitalism will always be temporary and partial. The ruling class can be forced to make certain concessions (such as legalizing abortion) under the pressure of mass movements, but as soon as these movements subside, the capitalists will move to claw back the reforms.

We must fight for every reform possible, but clearly reforms are not enough. To secure real reproductive freedom and put an end to sexism, we must overthrow the capitalist system itself.

Ruth Rosen, *World Split Open* (New York: Penguin, 2000), p. 52.

Howard Zinn, *A People's History of the United States* (New York: HarperCollins Publishers, first edition, 1995), p. 499.

Leslie Reagan, *When Abortion Was a Crime* (Berkeley: University of California Press, 1997), p. 197.

Zinn, p. 494.

Bureau of Labor Statistics, www.stats.bls.gov

Rosen, p. 90.

Rosen, p. 158.

Ellen Frankfort, *Vaginal Politics* (New York: Quadrangle, 1972), p. 36.

Judith Hole and Ellen Levine, *Rebirth of Feminism*: (New York: Quadrangle/The New York Times Book Company, 1970), p. 293.

Hole and Levine, p. 293.

Zinn, p. 500.

Sara Evans, *Personal Politics*, (New York: Random House, 1979), p. 221.

Rape is No Joke

www.rapeisnojoke.com

One brave woman in the audience of a Daniel Tosh comedy gig heckled “rape jokes are never funny” after he had told several in a row. He responded by asking the audience: “Wouldn’t it be funny if that girl got raped by, like, five guys right now? Like right now? What if a bunch of guys just raped her?”

We’re not laughing. And neither are the 80,000 women who are raped every year in the UK alone. Rape jokes seem to be becoming more and more prevalent – led by high profile comedians like Frankie Boyle and Jimmy Carr, and taking over at open mic nights all over the country.

This ‘comedy’ is lazy and un-intelligent. But it also, combined with prolific violent pornography on the internet, ‘lads mags’ in every corner shop and aggressive sexual imagery in advertising, adds to a culture that accepts, and even glorifies rape and sexual assault.

This is in the context of increasing attacks on women by politicians. Tory justice minister Ken Clarke suggested some types of rape are “less serious” than others. George Galloway claimed that even if the allegations against Julian Assange were true they wouldn’t constitute rape but merely “bad sexual etiquette” because if a woman “goes to bed” with a man they are “already in the sex game”. And its not just a matter of words either – services that support victims of sexual violence are being cut to the bone.

It is estimated that only 15% of rapes are reported to the police. This is partly because of the mixture of emotions many women feel after being attacked. But it also because, given the fact that only 7% of reported rapes result in conviction, women fear not being take seriously. Rape jokes only add to this.

We’ve had enough. Instead of having to make a stand individually, like the brave woman at the Tosh gig, we should challenge this sexism together.

That’s why Socialist Students has set up Rape Is No Joke – a campaign for comedy without misogyny. We want comedians to sign our pledge that they won’t tell

rape jokes. We want venues and organisers to agree not to host anyone who does. And we want to educate to begin to tackle the attitude that rape is something to be laughed at. Get involved with the campaign to make rape jokes a thing of the past.

Rape Is No Joke campaign FAQs

Isn't this an attack on free speech?

No. The Rape Is No Joke pledge is voluntary for individual comics and clubs/hosts. We believe freedom of speech is a fundamental political and artistic right and are not in favour of giving power to the state to outlaw jokes – however unfunny! But part of that freedom is the right to protest against those in the current ‘comedy establishment’ expressing bigoted ideas, and the right to choose an alternative comedy without misogyny. Vigorous debate and effective protest are examples of democracy in action.

Socialist Students, the organisation which set up the campaign, protests vocally against the attacks on women and all ordinary people made by the coalition government. We organise mass action to prevent the far-right EDL from gaining a platform to spread their reactionary filth. We will also apply pressure to the comedy industry to end attacks on women and rape victims.

But they're just jokes. What's the real harm?

Comedy does not exist in a vacuum. In an ideal world, we could say “it’s just a joke” and that would be that — but we do not live in an ideal world. Whether comics mean it to or not, their comedy expresses and informs social attitudes.

By presenting rape victims as figures of ridicule, jokes demean and belittle victims in the minds of the audience. By presenting rapists as generators of comedy, jokes glorify those who commit sexual assault. By presenting rape as something to laugh about, jokes can normalise and trivialise sexual violence.

Of course, a joke in itself will not change the world. But by making rape jokes, comedians support a wider ideological attack being launched on women and rape victims. Police and politicians are blaming victims for being raped. A woman’s right to choose when and whether to have children is being undermined. Cuts to welfare and the public sector are disproportionately affecting women.

By asking audiences to laugh at victims and side with their attackers, comics give cover to this vicious onslaught against women and all ordinary people.

What about jokes that deal with rape without attacking victims? Are they ok?

Rape Is No Joke is not fundamentally opposed to any mention of the issue of rape in comedy – we are not trying to create a taboo. It is possible to make a distinction between ‘rape jokes’ – jokes which shame the victim, celebrate the attacker, or normalise the act, and comedy which actually undermines rape culture. Such comedy can at times be a powerful weapon against authority and can also challenge the culture of silence and acceptance surrounding rape and sexual assault.

That said, the vast majority of jokes which use rape fall into the camp of reactionary comedy, normalising or trivialising sexual violence and its perpetrators. Dealing with the topic in a genuinely sensitive and progressive way is extremely difficult and examples tend to be the exception rather than the rule. People have also pointed out that any material that refers to rape can be traumatic for rape victims.

Why are rape jokes any different to jokes about other types of violence?

There is no significant and growing trend of victim blaming with other forms of violence. There is not the same collective assumption from politicians, the police, the judiciary and the media that the victim may be lying or have brought in on themselves or that the seriousness of the crime can be determined by the relationship of the perpetrator to the victim. Having said this, concentrating our campaign on rape jokes doesn't mean we find other offensive jokes funny – there are many other vulnerable groups of people who are regularly attacked in lazy and unintelligent comedy which can contribute to reactionary ideas against the victims.

Isn't this all a bit prudish?

Certainly not. We like cutting-edge humour as much as the next person. What we don't like is bullies.

There is an idea, currently fashionable in mainstream comedy, that it is ‘edgy’ to attack the weak, vulnerable and poor. There is an idea that it is somehow brave,

anti-establishment, or even progressive to poke fun at benefit claimants, women, the working class, and so on. This idea is wrong.

There is nothing ‘edgy’ about these jokes. In fact, they are amongst the safest jokes a comedian can tell, because they pander to popularised conservative fantasies about the nature of society — beliefs with little base in reality, put about by the powerful to support their own agenda. A genuinely progressive comic would challenge these dangerously outdated ideas rather than reinforcing them.

We are not asking comedians to stop talking about ‘taboo’ subjects. Quite the opposite. What we are asking is that they punch up, not down. Attack those responsible for the ills we all suffer, not the victims!

Is it ok for women to tell ‘sexist’ jokes?

No. There is a view held by some that “if a woman says it, it can’t be sexist.” This is rubbish. A woman attacking women is still attacking women.

It is a sad testament to the widespread acceptance of misogynistic views that some women are more forthcoming with sexist opinions than some men.

All sexism, whoever spouts it, contributes to the acceptability of misogyny. We want to challenge these ideas in women as well as men. Sexism makes us all worse off.

Shouldn’t you be concentrating on more important things, like the misogyny in society that leads to these jokes?

Our campaign recognises that rape jokes are just one aspect of a wider problem of sexism and misogyny which are endemic in our society. But tackling sexism in culture IS important and can make a difference.

Campaigns throughout history have won huge victories — from women’s suffrage to pay equality legislation. These things were not handed down. They were fought for. We stand in this tradition. We fight for every possible improvement to the lives of ordinary people. Rape jokes are not the cause of all our ills, but they are a problem and need addressing. Every victory won in the battle for better conditions and for an end to bigotry and prejudice represents an improvement.

Rape Is No Joke was set up by Socialist Students, which is at the forefront of a wide range of struggles, on and off campus – we would encourage everyone to get

involved in all of these. We fight against sexism in all its manifestations, and for the advancement of women and all ordinary people.

For example, members of Socialist Students also participate in campaigns against cuts to women's refuges, for free childcare for students and workers, and the defence of a woman's right to choose when and whether to have children.

Socialists believe the ultimate solution to women's struggle is the end of an economic system based on hierarchy, exploitation and oppression and its replacement with a society run in the interests of the majority. The wealthy, who own and control big business, have a vested interest in subjugating women. If women are expected to perform full-time childcare and domestic work as part of normal culture, it means bosses and their politicians don't have to pay for it.

While Rape is No Joke was set up by Socialist Students, we want to stress that it is a campaign open to everyone who supports its basic aims. We welcome participation from those of different political backgrounds providing they share our determination to fight for comedy without misogyny.

For more on our campaigns, see the Socialist Students website: www.socialiststudents.org.uk

Are you the same as the RINJ Foundation?

No. The Rape Is No Joke campaign is one of a number of active political campaigns led by Socialist Students in the UK. We are not connected with this or any other organisation which goes by the name Rape is No Joke or uses RINJ as an acronym.



What socialism would mean for women

Veröffentlicht am 7. März 2004

THE 21ST Century belongs to women. That's what many pundits were saying in the run up to the year 2000. Much is made of the fact that there are marginally more women at work now than men, as if this alone is a measure of equality.

Eleanor Donne, Socialist Party

TO CELEBRATE International Women's Day, ELEANOR DONNE looks at the situation facing women in Britain today and what difference socialism would make to their lives. cwi online

Yet in the workplace, at home and in society in general it is obvious to many women that they have not achieved equality, let alone liberation. It is true that women are now more than 50% of the workforce, but they make up 75% of the low paid. 30 years after the Equal Pay Act was implemented women only earn 72% of average male earnings.

Work that is done mostly by women brings with it low status and wages. Nursery nurses across Scotland are currently taking industrial action to try to gain a living wage. In a capitalist society caring for and educating young children quite clearly is not as valued as, say, working on the stock exchange or in advertising.

Although women increasingly work outside the home, recent surveys show that they still end up doing most of the housework and childcare in the home. Many more and increasingly younger women are also finding themselves caring for elderly and sick relatives, because of the lack of help available from local authorities.

It would be wrong to say that nothing had changed for the better in the last 25 years, but for a lot of working class women in particular, life is a struggle to find the time and the money to get to the end of the week.

Many young women today have much higher expectations than their mothers and grandmothers had, in terms of higher education, and a career. The most

blatant forms of discrimination have been outlawed and of course every large employer has their 'equality and diversity' policy. But young women, and older women too, face increased pressure and oppression in different ways.

We are bombarded with images in magazines, and adverts of 'perfect' women, advised how to have 'the appearance of visibly younger looking skin'. The capitalist economy relies on advertising to create a 'need' (to be thin, to look young) and creates an ever increasing market for cosmetics, diet regimes etc to 'fulfil' this.

Cosmetic surgery is no longer the preserve of a few rich Hollywood stars as increasing numbers of ordinary women feel the pressure (and can borrow the money) to conform to the current 'ideal' body shape.

But many women ask how do we change this? Isn't it just about men's attitudes, and won't it always be like this? Would life be any different in a socialist society?

Can we change things?

It is true, of course, that women's inequality and oppression did not start with modern capitalism and dates from very early history.

But this does not mean that it is 'natural' and has always existed. It has its roots in the development of class society and the family as an economic and social unit.

Women's role became primarily to produce children to inherit newly acquired wealth, and their sexuality was strictly controlled. Capitalism adapted the family to reinforce the role of women in the family as unpaid domestic servants and promoted the idea that their role in the workplace was secondary to that, so justifying low pay and lack of job security.

The government uses ideology about 'family responsibilities' to absolve itself from blame for the many social problems that are inherent to such an unequal, fragmented society.

Socialism

In a socialist society major industries, banks and financial institutions would be

publicly owned, democratically run and accountable.

Employees and consumers and other elected representatives would democratically control what is produced, the wealth and resources this generates and the effect on the environment.

Instead of profits being creamed off for shareholders and billionaires they could be invested in housing, schools, hospitals, nurseries and other much needed facilities.

Equal pay

Our call for an £8 per hour minimum wage and a minimum income of £320 a week, is a step towards what would be possible in a democratic planned economy, in which no-one could 'earn' the obscene amounts that the captains of industry award themselves and jobs such as cleaning, catering and childcare (traditionally women's jobs) would have equal pay and status with 'men's jobs'.

'Work/life balance'

Baggage handlers and check-in staff at British Airways in Heathrow walked out at the end of last year, against the imposition of 'flexi' working which would have meant the (mostly women) workers doing split shifts and would make sorting out childcare a nightmare.

Women working full time now work on average an extra half day a week, with British men working the longest hours in Europe. As a first measure full time work should be limited to a maximum of 35 hours a week, with no loss of pay. Over time it would be possible to reduce those hours further so that people could have more leisure time or time with their children - (the two things aren't always the same!)

Childcare

Currently childcare is available for only one in seven children under eight years old and costs more than in any other European country.

Access to help via tax credits is not much help if you cannot get a nursery place! A key part of a socialist society would be access to a range of flexible, free, child care facilities that kids like and that are not just there so that parents can work, but play as well.

Reproductive rights

Women should have the right to choose when and whether to have a child. Such a choice should include the right to a free termination without the need for a doctor's permission, and access to fertility treatment on the NHS but also access to decent housing, childcare and a minimum income so that having a child does not lead to poverty and isolation.

These measures would make a big practical difference to the daily lives of working class women and many middle class women but would also raise their status and help to undermine sexism.

Reactionary attitudes to women are very deeply ingrained and unfortunately they are unlikely to disappear overnight in a socialist society.

In the longer term a socialist society - one which is based not on exploitation but co-operation, equality and genuine democracy - would develop a culture and ideology that reflected the values of the new society, including within personal relationships. Only then will women and men be truly liberated.

From *The Socialist*, paper of the Socialist Party, cwi in England and Wales

.

2,50 Euro